

PROKLA-Redaktion

## Editorial: Ökologie in der Krise

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise geraten auch ökologische Probleme wieder verstärkt in die Diskussion. Allerdings bleibt bis jetzt noch unklar, ob die Krise eher dazu führen wird, die Bearbeitung ökologischer Probleme zu verschieben, oder ob die diversen Konjunkturprogramme einen „Grünen Kapitalismus“ befördern können. Dementsprechend ging es in den bislang geführten Debatten vor allem darum, ob nicht „mehr“ und „effizientere“ Klimapolitik notwendig wäre. Gleichzeitig wird befürchtet, dass der nächste UN-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen keinerlei praktisch relevante Ergebnisse liefern wird. Solche Ökologiedebatten sind zu einem guten Teil technokratisch eng geführt und weitgehend unkritisch gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen jener Produktionsweise, die unter ökologischen Gesichtspunkten kritisiert wird. Dasselbe gilt auch für die meisten der vorgeschlagenen oder schon teilweise umgesetzten Maßnahmen. So wird im Rahmen des Emissionshandels versucht, das Problem des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes rein marktwirtschaftlich zu lösen (vgl. dazu den Beitrag von *Achim Brunnengräber*). Die Debatte konzentriert sich dann auch wenig überraschend auf die rein marktwirtschaftlichen Mängel dieses Ansatzes, dass z.B. in Deutschland die „Verschmutzungsrechte“ zunächst kostenlos zugeteilt wurden, den Kunden aber als Kosten in Rechnung gestellt werden konnten etc. Die Grundlage des ganzen Konzeptes, dass ökologische Probleme im Medium derselben kapitalistischen Konkurrenz gelöst werden sol-

len, die maßgeblich zur Existenz des Problems beigetragen hat, bleibt nicht nur praktisch, sondern auch in der theoretischen Diskussion weitgehend außen vor. Damit wird ganz selbstverständlich der Standpunkt des „ideellen Gesamtkapitalisten“ eingenommen, der ermittelt, welche Einschränkungen der Verwertungsmöglichkeiten hingenommen werden müssen, damit die Kapitalverwertung langfristig möglich bleibt.

Ähnlich verhält es sich bei dem in letzter Zeit vermehrt diskutierten „Biosprit“. Mit der Benzingewinnung aus „nachwachsenden Rohstoffen“ soll auf die zur Neige gehenden Ölressourcen reagiert werden. Es wird also versucht, sich einerseits vom fossilistischen Energieregime zu verabschieden, aber ansonsten möglichst nichts zu ändern. Dass der Biosprit irgendwann einmal für den energieeffizienten Individualverkehr ausreichen könnte, ist nicht abschbar (darauf hat *Hartwig Berger* bereits in *PROKLA 136*, September 2004 hingewiesen). Dort, wo jene nachwachsenden Rohstoffe aber massenhaft angepflanzt werden, führt dies zu erheblichen ökologischen und sozialen Problemen, wie *Oliver Pye* in seinem Artikel aufzeigt. Biosprit ist nicht nur eine Beruhigungsspielle, es ist zugleich eine für viele Menschen außerordentlich schädliche Pille.

Absurd, aber deswegen nicht unbedingt wirkungslos, mutet der Versuch der CDU an, Atomenergie als „Öko-Energie“ anzupreisen. Zwar wird dieses Argument inzwischen nicht mehr offensiv benutzt, an einer Verlängerung der Laufzeiten der

bestehenden Atomkraftwerke wird aber nach wie vor festgehalten. Ob tatsächlich eine umfassende Renaissance der Atomenergie bevorsteht, wird in dem Artikel von *Lutz Mez* und *Mycele Schneider* untersucht, die zu einem eher negativen Ergebnis kommen: aufgrund fehlender sachlicher wie auch personeller Voraussetzungen ist zumindest kurzfristig ein neues Bauprogramm für Kernkraftwerke nicht zu befürchten. Doch bleibt die zu erwartende Laufzeitverlängerung bestehender Anlagen schon schlimm genug. Technokratisch beschränkt bleiben auch die verschiedenen sozialdemokratisch-grünen Konzepte eines „Grünen Kapitalismus“. Es wird eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus gefordert, die die repressive Seite des Kapitalismus ignoriert und die von den kapitalistischen Metropolen beförderte „imperiale Lebensweise“ nicht im mindesten in Frage stellt: Das „Grüne“, mit dem der Kapitalismus ergänzt werden soll, wird nicht zuletzt damit begründet, Wettbewerbsvorteile in der internationalen Konkurrenz zu erzielen (vgl. dazu den Einspruch von *Ulrich Brand*).

Sollen sich die ökologischen Debatten nicht auf den Versuch reduzieren, sich als der bessere „ideelle Gesamtkapitalist“ in Szene zu setzen, muss die Kritik etwas tiefer ansetzen. *Christine Bauhardt* weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass in den gängigen Konzepten „nachhaltiger Ressourcenpolitik“ Geschlechterverhältnisse ausgeblendet bleiben. Dies stellt kein bloß akademisches Manko dar, sondern wirkt sich auch ganz praktisch aus, indem bestehende Ungleichheiten durch Projekte, die eigentlich dem „Empowerment“ armer Bevölkerungsschichten dienen sollen, die ungleichen Geschlechterverhältnisse noch verstärken.

Nicht nur Geschlechterverhältnisse auch Arbeitsverhältnisse werden in den ökologischen Diskursen häufig ausgeblendet. Ökologisch schädliche Produktionsprozesse sind aber zugleich kapitalistisch bestimmte Arbeitsprozesse und damit innerbetriebliche Herrschaftsverhältnisse.

*Frieder Otto Wolf*, *Pia Paust-Lassen* und *Gerd Peter* blicken auf das sozialdemokratische Programm „Humanisierung der Arbeit“ zurück und fragen, was sich daraus für eine heutige Verbindung von politischer Ökologie und einer „Arbeitspolitik von unten“ lernen lässt.

Die selbstverständliche Rede von „Ökologie“ und „Natur“ verdeckt eine ganze Reihe grundsätzlicher konzeptioneller Probleme. Dass Natur ein leerer Signifikant ist, der immer wieder erneut mit Bedeutung gefüllt werden muss, wird von *Erik Swyngedouw* herausgestellt. Die scheinbar gegebene Natur mit ihren Gleichgewichten, entpuppt sich vielmehr als eine sozial bestimmte Konstruktion. Indem dieser konstruktive Charakter aber ausgeblendet wird, werden ökologische Probleme zu reinen Sachproblemen, die anscheinend nur von Sachgesetzen bestimmt sind und damit einem politischen Diskurs (in welcher Natur wollen wir auf welche Weise leben?) entzogen werden.

Solche konzeptionellen Probleme ziehen sich auch durch verschiedene ökomarxistische Ansätze, die von *Kristina Dietz* und *Markus Wissen* kritisch untersucht werden. Zwar ist bei diesen Ansätzen durchaus ein Bewusstsein davon vorhanden, dass wir es nicht einfach mit Natur zu tun haben, sondern mit „gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ doch liegt der Fokus der Betrachtung dabei normalerweise auf strukturellen Widersprüchen, die vom Kapitalismus produziert werden. Inwiefern die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tatsächlich Resultat sozialer Auseinandersetzungen sind, bleibt dagegen unterbelichtet.

\* \* \*

Außerhalb des Heftschwerpunkts untersucht *Ellen David Friedman* die Entwicklung der US-amerikanischen und der chinesischen Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten und stellt - trotz erheblicher Unterschiede - auch eine Reihe von Parallelen fest. Mit der immer weiter zunehmenden Weltmarktintegration

Chinas, kommt der Art und Weise wie sich die chinesischen Gewerkschaften weiterentwickeln eine erhebliche Bedeu-

tung für zukünftige soziale Auseinandersetzungen zu – nicht nur in China, sondern auch weltweit.

### PROKLA 157 Der Blutige Ernst: Krise und Politik (Dezember 2009)

Was hierzulande als konjunktureller Abschwung und in den USA als Immobilienkrise begann, ist dabei sich zu einer Weltwirtschaftskrise zu entwickeln, deren ganzes Ausmaß noch immer nicht abzuschätzen ist. Tiefgreifende Krisen sind üblicherweise Phasen, in denen sich die jeweilige historische Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise verändert. Bislang war es vor allem die staatliche Politik, die durch die Krise eine Aufwertung erfahren hat. Galt innerhalb des neoliberalen Diskurses, der in den letzten Jahren vorherrschte, die staatliche Politik gleichermaßen als unfähig (da der Markt alles besser könne) und ohnmächtig (angesichts der Globalisierung bliebe den Nationalstaaten sowieso keine Eingriffsmöglichkeiten mehr), so wird nun von allen Seiten nach dem Staat als Retter gerufen. Wird sich dadurch das Verhältnis von Politik und Ökonomie nachhaltig verändern? Werden wir erneut einen „regulierten“ Kapitalismus erleben? Und wem nützt er? Welche Klassen(fractionen) werden zu den Gewinnern bzw. den Verlierern der Krise gehören? Die Kosten der Krisenbewältigung werden gewaltig sein, aber wer wird sie zu tragen haben? Die Krise hat auch eine internationale Dimension, sie wird die relative Stärke der großen kapitalistischen Ökonomien verändern, auch hier wird es Gewinner und Verlierer geben. Welche weltwirtschaftlichen, aber auch weltpolitischen Verschiebungen, welche Konfliktlinien zeichnen sich ab?

### PROKLA 158: Postkoloniale Studien als Kritische Sozialwissenschaft (März 2010)

Postkoloniale Studien haben sich in den letzten dreißig Jahren als transdisziplinäres und globales Wissensfeld etabliert, das – zunächst vor allem in der anglo-amerikanischen Literatur- und Kulturwissenschaft angesiedelt – zunehmend auch die Sozialwissenschaften der verschiedenen Kontinente erfasst. Es werden die Nachwirkungen des Kolonialismus sowohl im ‚globalen Süden‘ als auch im ‚globalen Norden‘ untersucht. Entsprechend betrachtet postkoloniale Forschung die ‚westliche Moderne‘ und ‚Zivilisation‘ als Ergebnis kolonialer Kontakte und Konfrontationen, betont die (neo)koloniale Gewalt, die militärisch, ökonomisch, politisch und diskursiv im Namen von Aufklärung, Fortschritt, Entwicklung etc. ausgeübt wurde und wird, und weist zugleich den prekären wie auch umkämpften Charakter (neo)kolonialer Konstellationen nach. In unserem Heft sollen sowohl das kritische Potential dieses Ansatzes als auch einige blinde Flecken und unreflektierte Ansprüche der bisherigen Theoriebildung angegangen werden. Die Ausgabe erfolgt in Kooperation mit der Zeitschrift *Peripherie*, die für 2010 ebenfalls einen Heftschwerpunkt zu postkolonialer Forschung plant. Während die *Peripherie* sich primär mit dem Themenkomplex ‚Entwicklung‘ und Entwicklungspolitik befassen wird, beabsichtigt die PROKLA an postkoloniale Interventionen anzuknüpfen, wie sie vor allem in der transnationalen Demokratisierungs- und Migrationsforschung, den Internationalen Beziehungen, aber auch der metropolitane und globalen Geschichtsschreibung statt gefunden haben.

Kristina Dietz, Markus Wissen

## Kapitalismus und „natürliche Grenzen“ Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise<sup>1</sup>

Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Folgen des Klimawandels scheint die Rede von den „Belastungs“- oder „Tragfähigkeitsgrenzen“ der Erde aktueller denn je zu sein. Bekannt geworden ist die Grenzen-Metapher vor allem durch die Studie des Club of Rome von 1972 (Meadows et al. 1972). Sie trägt den Titel „Die Grenzen des Wachstums“ und fordert den Verzicht auf ein weiteres Wachstum der Weltbevölkerung sowie des globalen Material- und Energieverbrauchs als Voraussetzung für ein Überleben sichernden „globales Gleichgewicht“. Heute stehen die Treibhausgas-Emissionen im Vordergrund von Grenzen-Debatten. Diese – so die Botschaft einschlägiger Studien und Szenarien (Stern 2006, IPCC 2007) – müssen in den kommenden Jahren drastisch reduziert werden, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens zwei Grad Celsius zu begrenzen und damit den Klimawandel beherrschbar zu halten. Gefordert sei ein selektives Wachstum von „Zukunftsmärkten“, die der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dienen. Dagegen solle schrumpfen, „was die Übernutzung von Ressourcen und Senken sowie die Risikoverlagerung begünstigt oder den sozialen Zusammenhalt beschädigt“ (Wuppertal Institut 2008: 113).

Zwischen der Debatte der 1970er Jahre und den aktuellen Diskussionen gibt es einen wichtigen Unterschied. Damals galt das Bevölkerungswachstum in einem malthusianischen<sup>2</sup> Sinne als jene Bedrohung, die die Erde an ihre „natür-

1 Die Idee zu diesem Beitrag geht auf einen gemeinsamen Vortrag zurück, den wir anlässlich des BUKO-Seminars: „Wie grün soll die Linke sein? Henshende Naturverhältnisse und emanzipatorische Alternativen“ im Februar 2008 in Meucheftitz (Wendland) gehalten haben. Für wichtige Kommentare einer früheren Fassung des Beitrags danken wir Ulrich Brand und Achim Brunnengräber.

2 Der Ökonom Thomas Robert Malthus (1766-1834) identifizierte in seinem 1798 erschienenen Buch *Essay on the Principle of Population* die „Überbevölkerung“ als zentrales gesellschaftliches Problem. Sie resultiere daraus, dass die Bevölkerungszahl exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion aber nur linear steige. Malthus sah hierin eine Gesetzmäßigkeit, er hatte also keinen Begriff von unterschiedlichen Produktionsweisen bzw. Gesellschaftsformationen. Die Beschreibungen der ökologischen Krise im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts folgten oft malthusianischen Argumentationsmustern, insofern sie einen sozial – d.h. durch Klassen-, Geschlechter- oder rassistische Unterdrückungsverhältnisse – nicht weiter vermittelten Zusammenhang zwischen menschlichen Aktivitäten und Umweltproblemen unterstellten.